

Hans Mommsen

Aufarbeitung und Verdrängung des Dritten Reiches im westdeutschen Geschichtsbewußtsein*

Prof. Dr. Hans Mommsen, geb. 1930 in Marburg/Lahn, studierte Geschichte, Politikwissenschaft und Germanistik in Marburg und Tübingen. Seit 1968 ist er Professor für Neuere Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum. Veröffentlichungen zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Deutschlands und Österreichs im 19. und 20. Jahrhundert mit Schwerpunkten auf der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und der Geschichte des Nationalsozialismus.

I.

Die jüngst in der Bundesrepublik aufgebrochene Debatte über den Stellenwert der nationalsozialistischen Periode für das politische Selbstverständnis der Deutschen deutet daraufhin, daß die jahrelang betriebene Verdrängung dieses unbequemen historischen Erbes grundsätzliche historisch-politische Kontroversen nur hinausgeschoben, nicht aber gegenstandslos gemacht hat. Das in Bitburg und anlässlich der Konflikte über das Bonner Mahnmahl anschaulich gewordene Bestreben der Bundesregierung, die Bundesrepublik in eine historisch-politische „Normallage“ zurückzuführen und die individuelle und gesellschaftliche Verantwortung für die Verbrechen des Dritten Reiches unter dem Mantel einer allseitigen Versöhnung zu verbergen, schlug in sein Gegenteil um. Stärker als je zuvor tritt die Frage in den Vordergrund, welche grundsätzlichen Konsequenzen aus der Erfahrung des Nationalsozia-

* Die in diesem Heft abgedruckten Beiträge von Hans Mommsen, Detlev J. K. Peukert und Dan Diner wurden auch als Vorträge im Rahmen einer Ringvorlesung zum Thema „Ist der Nationalsozialismus Geschichte?“ des Fachbereichs Geschichte der Universität-Gesamthochschule Essen gehalten. Dan Diner, Fachgruppensprecher und Organisator der Ringvorlesung, verlas seinen Beitrag als einleitenden Vortrag am 14. Januar 1987, ebenso Detlev J. K. Peukert. Hans Mommsen hielt seine Vorlesung am 4. Februar 1987 ab.

lismus und des Zweiten Weltkrieges für die innere Verfassung und die internationale Rolle der Bundesrepublik zu ziehen sind. Damit löst sich auch der bislang im wesentlichen unbestrittene gesellschaftliche Konsens über die Verwerflichkeit des nationalsozialistischen Regimes in allen seinen Facetten zunehmend auf. Was bisher primär als methodologisch bedingter Flügelstreit innerhalb der Fachhistorie erschien, gewinnt unmittelbare politische Relevanz.

Daß die Historie plötzlich wieder Stellenwert in der politischen Öffentlichkeit erlangt, ist Resultat eines schleichenden Wertewandels, der in den letzten Jahren unter dem Begriff der „Wende“ eine deutliche Förderung durch die in der Bundesregierung vertretenen politischen Kräfte gefunden hat. Grundlegend neue wissenschaftliche Einsichten oder Positionen treten in der Auseinandersetzung über die Bedeutung, die die Erfahrungen der nationalsozialistischen Epoche für das Selbstverständnis der Bundesrepublik haben, eigentlich nirgendwo hervor. Der Berliner Historiker Ernst Nolte hat die in seinem provozierenden Artikel in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 6. Juni 1986 zusammengefaßten Ansichten, die darauf hinauslaufen, die Ermordung von knapp fünf Millionen europäischer Juden im wesentlichen als Reflex der begründeten Bolschewismus-Furcht Hitlers hinzustellen, bereits vor Jahren vertreten, ohne daß Presse und Fachliteratur davon besonderes Aufheben gemacht hätten. Auch die in der Studie „Zweierlei Untergang“ zusammengefaßten Aufsätze Andreas Hillgrubers waren bereits zuvor veröffentlicht; Michael Stürmers Theorie der deutschen Mittellage gehörte beinahe schon zum Repertoire der Diskussion um die deutsche Frage.

Äußerer Anlaß zum „Historikerstreit“ war die vehemente Attacke, die Jürgen Habermas in der „Zeit“ vom 11. Juli 1985 gegen Nolte, Hillgruber und Stürmer, aber auch gegen Klaus Hildebrand richtete, der sich in einer Rezension in der „Historischen Zeitschrift“ auf die Seite Noltés geschlagen hatte. Den Hintergrund für die Schärfe der Auseinandersetzung, zugleich für ihre Publizität, stellte die Parteinahme der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ für Ernst Nolte und gegen eine angebliche Instrumentarisierung der nationalsozialistischen Vergangenheit durch Linksintellektuelle dar. Ihnen wurde vorgeworfen, die Absicht der Bundesregierung, der 40 Jahre nach der deutschen Kapitulation überfälligen historischen Normalisierung zum Durchbruch zu verhelfen, bewußt zu torpedieren. Der „Neo-Revisionismus“, wie Habermas die in der Fachwissenschaft durchbrechende Tendenz bezeichnete, die Verbrechen des Dritten Reiches zu relativieren und diesem letztlich episodischen Charakter im Verlauf der deutschen Geschichte zuzuweisen, bildet jedoch nur eine flankierende Tendenz zu der Beschwörung nationaler Werthaltungen durch konservative Gruppierungen innerhalb und außerhalb des Regierungslagers, für die sich inzwischen der Begriff des „neuen Nationalismus“ eingebürgert hat.

Der historiographische Kern der Auseinandersetzung betrifft die historisch-politische Bewertung des „Holocaust“, doch steht dieser nur als Chiffre für die

Gesamtheit der nationalsozialistischen Politik. Allerdings ist es bemerkenswert, daß die Endlösungspolitik, die lange Jahre von der Forschung vernachlässigt wurde, nunmehr als genuines Merkmal nationalsozialistischer Gewalt und Menschenverachtung in den Vordergrund tritt. Dies mag damit zusammenhängen, daß die Frage der Verantwortung für die nationalsozialistische Machtergreifung aufgrund des Generationswechsels an Bedeutung verliert und die langfristigen Auswirkungen des nationalsozialistischen Gewaltsystems im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg stärker ins Bewußtsein rücken. Im Prinzip aber geht es um die Gewichtung der nationalsozialistischen Periode innerhalb der nationalen wie der europäischen geschichtlichen Kontinuität. Gerade mit anwachsender zeitlicher Distanz und der daraus sich ergebenden Veränderung der perspektivischen Fluchtpunkte historischen Denkens gewinnt dieses Problem eine neuartige Dimension.

II.

Im Fortgang der zeitgeschichtlichen Forschung formierten sich charakteristisch erscheinende Frontbildungen. Die Ausgangslage von 1945 bestand in dem Bemühen, gegenüber alliierten Kriegsschuldhypothesen den spezifisch terroristischen Charakter der nationalsozialistischen Diktatur, zugleich aber die Rolle des Widerstands zu betonen. Die zeitgeschichtliche Forschung akzentuierte daher einerseits die Bedeutung des SS-Staats, andererseits die unter dem Begriff des „anderen Deutschland“ zum Repräsentanten der Gesamtnation stilisierte Opposition gegen Hitler. Demgegenüber traten die innere Politik des Regimes, aber auch die Judenverfolgung in den Hintergrund. Ursprünglich überwog eine geistesgeschichtliche Herleitung der nationalsozialistischen Herrschaft aus dem übersteigerten integralen Nationalismus der imperialistischen Periode. Nach und nach setzte sich jedoch die Theorie der totalitären Diktatur als gültiges Erklärungsmodell durch, in dem die nationalsozialistische Ideologie als kalküliert eingesetztes Manipulationsinstrument weitgehend formalisiert wurde.

Bei zahlreichen Varianten im einzelnen ging die Totalitarismustheorie von der Annahme einer wesentlich monolithischen Struktur des NS-Herrschaftssystems aus; dies entsprach der propagandistischen Selbststilisierung des Regimes. Mit dem Fortgang der Forschung, der insbesondere durch die Rückgabe und die Öffnung der von den westlichen Alliierten beschlagnahmten Aktenbestände seit 1961 nachhaltig beflügelt wurde, ließen sich die Grundannahmen des Totalitarismus-Modells nur noch begrenzt aufrechterhalten. Die politische Fragmentierung und die Instabilität nicht nur der übernommenen, sondern auch der neugeschaffenen Institutionen widersprach der ursprünglichen Vorstellung eines unter Gesichtspunkten des Machtkalküls voll durchstrukturierten Systems. Das Totalitarismus-Axiom wurde deshalb dahingehend angepaßt, daß die Antagonismen des Systems als Ausfluß eines bewußten Herrschaftskalküls Hitlers gedeutet wurden, welches seine unbeschränkte Vetomacht sicherte. Im Zusammenhang damit tendierte die Zeitgeschichtsforschung dazu, Hitler trotz der offenkundigen Schwächen seiner pri-

vaten Biographie als den maßgebenden Urheber der nationalsozialistischen Politik zu betrachten und die innere Konsequenz seines Handelns seit den frühen programmatischen Äußerungen zu betonen, ihm sogar ein geschlossenes, weltanschaulich abgestütztes Handlungskonzept zu unterstellen, das erst stufenhaft von ihm aufgedeckt worden sei.

Die Hitler-zentristische Deutung des NS-Regimes und seiner Ursprünge bietet sich als personalistisches Erklärungsmuster geradezu an, weil es den verwirrenden und häufig widerspruchsvollen Abläufen einen einleuchtenden Zusammenhang zu verleihen scheint. Aus dem Tatbestand, daß sich gegen Hitler, der das entscheidende Integrationssymbol des NS-Herrschaftssystems war, keinerlei wirksame Opposition ausbildete und ausdrücklichen Befehlen des Diktators kein effektiver Widerstand entgegengesetzt wurde, ist indessen nicht der Rückschluß zu ziehen, daß die Politik des Systems durch ihn in einem kalkulierten Sinne vorgeformt und stufenhaft in die Wirklichkeit umgesetzt worden ist. Erst in dem letzten Jahrzehnt hat sich die Forschung von der Fixiertheit auf Hitler als alleiniges Entscheidungszentrum freigemacht und diejenigen Politikfelder und Zusammenhänge aufgedeckt, die durch relativ autonome Willensbildung der jeweiligen nachgeordneten Positionsinhaber bestimmt waren und auf die Hitler nur mittels häufig zufälliger Intervention und keineswegs systematisch Einfluß nahm. Immer stärker entpuppte sich das Regime als ein im Rahmen bestimmter genereller ideologischer Vorgaben durchaus offenes politisches System.

Die Kontroverse zwischen den sich an der Einschätzung der Persönlichkeit und der Rolle Hitlers scheidenden Historikern, die Tim Mason mit dem Gegensatz zwischen Intentionalisten und Strukturalisten umschrieben hat, ist innerwissenschaftlich unter dem Gesichtspunkt der Reichweite der jeweiligen Erklärungsmodelle zu entscheiden, wobei je nach der zugrundeliegenden Fragestellung unterschiedliche Antworten legitim sind. Indessen fällt die hochgradige Emotionalität auf, mit der diese Debatte, namentlich in der Bundesrepublik, ausgetragen zu werden pflegt. Dies ist sozialpsychologisch wohl damit zu erklären, daß die Person Hitlers im Zuge der Konsolidierung seiner Diktatur zum Inbegriff der nationalen Identifikation schlechthin wurde. Folgerichtig entstand nach dem Zusammenbruch das umgekehrte Bedürfnis, den Diktator als Endursache des nationalen Unglücks zu betrachten und durch die tendenzielle Personalisierung des Geschehens zugleich eine relative Selbstrechtfertigung der Angehörigen der Nation vorzunehmen, die demzufolge einer raffinierten Mischung aus propagandistischer Verführung, zynischer Ausnützung nationaler Tugenden und terroristischer Unterdrückung zum Opfer fielen.

Dieser Perspektive entsprach das Bestreben, die Zäsur des 30. Januar 1933 besonders stark zu akzentuieren und die Periode von 1933 bis 1945 weitgehend aus der Kontinuität der nationalen Geschichte auszuklammern. Folgerichtig wurde die äußere und innere Politik des Nationalsozialismus als revolutionärer Bruch zur vorausgehenden Entwicklung hingestellt. Diese Bestre-

bung fand ihre Krönung in Karl Dietrich Brachers Lehre von den pseudolegalen totalitären Revolutionen, die sich durch skrupellose Machtmanipulation von ihren bürgerlichen Vorläufern grundsätzlich unterschieden. Die damit implizierte Gleichsetzung der Oktoberrevolution und der Machtergreifung sieht von grundlegenden Unterschieden zwischen der Leninschen Machteroberung und der Machtübertragung an die Nationalsozialisten ab. In dieser Umstilisierung der Bildung des Kabinetts der nationalen Konzentration vom 30. Januar 1933 spiegelt sich das Bedürfnis nach einer nachträglichen Quarantäne jener verhängnisvollen 12 Jahre nationalsozialistischer Herrschaft, die, wie es jüngst von Eberhard Jäckel formuliert wurde, aus der deutschen Geschichte herausführte und in bis dahin unvorstellbare Abgründe hinaustrieb.¹

Aus diesen Gründen drängte es sich auf, der nationalsozialistischen Periode historische „Singularität“ beizulegen, für die einerseits die destruktive Rolle Hitlers, andererseits das Ausmaß der nationalsozialistischen Verbrechen, das bei sonst vergleichbaren faschistischen oder autoritären Systemen kein adäquates Gegenstück findet, angeführt werden. Die Betonung der Einzigartigkeit des Nationalsozialismus richtete sich insbesondere gegen diejenigen Historiker, die Ernst Noltes vergleichende Faschismus-Theorie ihres phänomenologisch-ideologiekritischen Ansatzes entkleideten und auf marxistische Faschismus-Theorien zurückgriffen. Während ökonomistische und auf Agententheorien beruhende Erklärungsmodelle weithin auf Widerstand gestoßen sind, hat ein stärker strukturalistischer Ansatz, der auf die Gemeinsamkeiten im Stil und bei den Umsetzungsformen faschistischer Politik abstellt, zu einer wesentlich differenzierteren Sicht der NSDAP und ihrer inneren Mechanik beigetragen. Von Vertretern des „Hitlerismus“ - ein ursprünglich von Hans Buchheim vorgeschlagener Terminus - wurde dieses Vorgehen als Beschönigung und „Verharmlosung“ des Nationalsozialismus gerügt. Das eigentliche Motiv für die pauschale Zurückweisung des Vergleichs zwischen faschistischen Bewegungen und Systemen und dem Nationalsozialismus lag jedoch in der Tatsache begründet, daß die gewohnte Parallelisierung von Kommunismus und Nationalsozialismus durch diesen methodischen Zugang in Frage gestellt war.

Die Betonung der „Singularität“ des Nationalsozialismus negierte zugleich die Bemühungen der zeitgeschichtlichen Forschung, dessen Wurzeln in früheren historischen Phasen aufzusuchen und einen engen Zusammenhang zu der nationalistischen bürgerlichen Rechten, der neokonservativen Bewegung sowie den völkischen Gruppierungen nachzuweisen. Dabei lag der Akzent naturgemäß auf den Entsprechungen, die im Antikommunismus und Antisozialismus der betont antiliberalen und antiparlamentarischen Bestrebungen breiter bürgerlicher Gruppen seit dem Ersten Weltkrieg anzutreffen sind. Bezeichnend für die historiographische Gegenbewegung zu diesen gelegentlich viel zu weit ausgreifenden Kontinuitätspostulaten erscheint jedoch, daß

¹ Eberhard Jäckel, Hitlers Herrschaft. Vollzug einer Weltanschauung, Stuttgart 1986, S. 146.

gerade im Feld der historischen Wahlforschung größte Mühe auf den Nachweis verwandt worden ist, daß die NSDAP einen beträchtlichen Anteil proletarischer Mitglieder und Sympathisanten gehabt und daß insbesondere ein Austausch zwischen KPD und NSDAP vor allem nach dem 30. Januar 1933 stattgefunden habe. Dazu gehört auch die verbreitete Tendenz, aus dem gelegentlichen taktischen Zusammengehen der sich ansonsten erbittert bekämpfenden KPD und NSDAP die Schlußfolgerung zu ziehen, daß die republikanische Mitte der Weimarer Republik durch die Bürgerkriegsparteien von rechts und links stranguliert worden sei.

Dieses in der Öffentlichkeit allzu gern angeführte Argument, das der zeitgenössischen Denunzierung der NSDAP als „brauner Bolschewismus“ entsprach, wird von ernsthaften Forschern schwerlich aufrechterhalten, wengleich dem Antibolschewismus eine wichtige Funktion für den propagandistischen Erfolg des Nationalsozialismus zugeschrieben werden muß. Es verdeckt die zentrale Rolle der konservativen Eliten, die nicht nur aus der Frontstellung gegen die als marxistisch denunzierte SPD heraus, sondern auch gegen eine Beibehaltung des ohnehin autoritär überformten parlamentarischen Systems für die Regierungsbeteiligung Hitlers optierten, wengleich diese im Vergleich zu der von ihnen zunächst angestrebten reinen autoritären Herrschaft als Notlösung erschien. Insbesondere nach der Neubewertung der Rolle Heinrich Brünnings besteht in der Forschung ein weitgehender Konsens über die beträchtliche sachliche und personelle Kontinuität von den Präsidialkabinetten zur „Regierung der nationalen Konzentration“. Ebenso ist es unstrittig, daß es nach 1933 keinen signifikanten Austausch der funktionalen Eliten, abgesehen von der mehrheitlich gebilligten Ausschaltung von Juden, gegeben hat und daß das Regime der Unterstützung durch die Armee, die Bürokratie und das Personal des Auswärtigen Dienstes vornehmlich seine relative Stabilität verdankte.

Zugleich ergab sich eine weitgehende Identität der machtpolitischen Zielsetzungen zwischen den traditionellen Eliten und der engeren nationalsozialistischen Führungsgruppe, wengleich sie sich in der Wahl der Methoden und dem Grad der Risikobereitschaft deutlich unterschieden. Gerade die Erforschung der Außenpolitik des Dritten Reiches, die zunächst überwiegend unter der Perspektive der stufenhaften Umsetzung von Hitlers „Weltanschauung“ erfolgte, deckte das hohe Maß außenpolitischer Kontinuitäten auf, die bis in die imperialistische Epochen zurückreichen, und brachte die intentionalistische Schule, die sich primär innenpolitischen Fragen zugewandt hatte, gleichsam in Zugzwang, ihrerseits die spezifischen Elemente des NS-Herrschaftssystems im Vergleich zu imperialistischen Vorformen herauszuarbeiten. Die für faschistische Politik typische Vertauschung der Zweck-Mittel-Relation, die Simulation des Bewegungscharakters der hochorganisierten faschistischen Partei und der Verzicht auf programmatische Festlegungen zugunsten bloßer propagandistischer Mobilisierung gehören zu diesen Merkmalen. Tatsächlich deutet diese gelegentlich auftauchende Verkehrung der

methodologischen Positionen darauf hin, daß die Kontinuitätsdebatte keine weiteren Erkenntnisse bringt und unfruchtbar geworden ist.

III.

Vor diesem historiographischen Hintergrund mutet der Paradigmenwechsel, für den eine Gruppe prominenter deutscher Fachhistoriker eintritt, einigermaßen paradox an. Klaus Hildebrand, der sonst stets auf der Einzigartigkeit des NS-Regime bestand, leugnet nun dessen von intentionalistischer Seite übrigens niemals verfochtenen singulären Charakter und plädiert mit Ernst Nolte für eine relativierende universalhistorische Sicht, die den Nationalsozialismus zwar nicht als bedauerlichen Betriebsunfall am Ausgang der Weimarer Republik, wohl aber als tragische welthistorische Verstrickung erscheinen läßt. Die Josef Stalin zugeschriebene Wendung: „Die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk bleibt“, wird nun gleichsam von konservativer Seite in Anspruch genommen, um die traumatische Belastung, die die nationalsozialistische Erfahrung auch zwischen den Generationen bedeutet, psychologisch abzubauen. Der U.S.-Botschafter Richard Burt trägt mit wohlmeinenden Kommentaren zu der damit angestrebten „nationalen Selbstfindung“ bei.

Bei Ernst Nolte wird eine solche Sicht jedoch direkt in den Antibolschewismus überführt, der die Konstante seiner geschichtsphilosophischen Überschau darstellt, in welcher er der Entstehung des „ideologischen Vernichtungspostulats“ seit der Periode der industriellen Revolution und dessen Übersteigerung durch den Bolschewismus nachgeht, für die es nichts historisch Vergleichbares gebe. Noltens Konstruktion zufolge ist der „Holocaust“ letztendlich nur ein Reflex der bolschewistischen Klassenvernichtung, der sich bei Hitler auf Grund der Kenntnis der bolschewistischen Verbrechen, die in der Ausrottung der Kulaken gipfelten, zur Zwangsvorstellung verdichtet habe. Noltens überfliegender Konstruktivismus, der Unzusammengehöriges assoziativ verknüpft und unüberprüfte Analogien als Kausalitäten ausgibt, wobei er zugleich aus der Liebe zur Zuspitzung einer längst aus der Übung gekommenen monokausalen Interpretation folgt, ist von der Fachwissenschaft bislang allenfalls als anregende Herausforderung, nicht als überzeugender Beitrag zur Erklärung der Krise der kapitalistischen Gesellschaft in Europa seit der Phase des Imperialismus betrachtet worden. Daß Nolte nun innerhalb und außerhalb des Faches beredete Fürsprecher findet, hat nichts mit dem Forschungsprozeß, viel mit den politischen Implikationen zu tun, die der von ihm mit Nachdruck und seit langem geforderten Relativierung des „Holocaust“ entspringen.

Wenn Nolte formuliert, Hitlers Judenvernichtung' sei in in ihrer Wurzel nicht ‚Völkermord‘, sondern „die radikalste und zugleich verzweifelte Gestalt des Antimarxismus“, und er damit eine psychologische Erklärung für die biologische Umsetzung des „Vernichtungspostulats“ zu liefern versucht, muß dies schon deshalb Widerspruch auslösen, weil für ihn „Antimarxismus“ dem

Wortlaut und dem gesamten Kontext zufolge eine positive, ja allein freiheitsbewahrende Funktion besitzt, Hitler folglich einer bedauerlichen Sinnestäuschung bei einer von der Zielsetzung her begreiflichen Politik zum Opfer gefallen ist. In der Sache trifft die Identität von Antibolschewismus und Rasenantisemitismus durchaus zu; sie beschränkt sich nicht auf Hitler, der den Antisemitismus der frühen Nachkriegsjahre nur radikaler zuspitzte. In der Tat erscheint das Dritte Reich in den historischen Skizzen Noltes als eine unglückselige Gegenbewegung zur Bedrohung der deutschen Gesellschaft durch den Bolschewismus, der, ungeachtet der Überschätzung seines faktischen politischen Gewichts in Deutschland während der revolutionären Periode von 1917 bis 1921, ein psychologisch berechtigtes Angstgefühl hervorgerufen habe, das in der Person Hitlers gleichsam seine stärkste Bündelung und seine größte Fehlleitung erfuhr. Das apologetische Grundmuster der Nolteschen Argumentation tritt eindrücklich hervor, wenn er aus der angeblichen Kriegserklärung des jüdischen Weltkongresses an Hitler dessen Recht zur Deportierung, allerdings nicht zur Liquidierung der Juden im deutschen Herrschaftsbereich ableitet oder die Tätigkeit der Einsatzgruppen als bloße Partisanenbekämpfung mindestens nach der subjektiven Seite hin rechtfertigt.

IV.

Ernst Nolte ist jedoch nicht das Problem, um das es geht. Als an sich nonkonformistischer Vordenker läuft er freilich Gefahr, mit den zunehmend selbstbewußter auftretenden neofaschistischen Strömungen in der Bundesrepublik identifiziert zu werden. Wichtiger ist, daß die neue Botschaft von der „Ursächlichkeit“ des Bolschewismus für den Nationalsozialismus begierig von denjenigen Gruppierungen aufgegriffen wird, die seit Jahren über das Fehlen eines ausgeglichenen deutschen Nationalbewußtseins lamentieren und darin eine bedauerliche Schwäche, ja mangelnde Überlebensfähigkeit des deutschen Volkes erblicken, welche sie durch die Überwindung der Einflüsse der Reorientation und die Entfaltung eines aggressiven Nationalgefühls, das sich auch der deutschen Leistungen im Zweiten Weltkrieg nicht zu schämen brauche, wettzumachen hoffen. Was in dieser Beziehung vor Jahren noch eine überwiegend neokonservativ gefärbte Außenseiterphilosophie darstellte, gewinnt in der Gegenwart in Folge der nachdrücklichen Unterstützung derartiger Tendenzen durch prominente Sprecher der CDU/CSU ernsthafte politische Relevanz, wenngleich die Empfänglichkeit der jüngeren Altersgruppen in der Bundesrepublik für derartige Parolen eher niedrig einzuschätzen ist.

Die Geschichtswissenschaft fungiert in diesen Fragen der Wertorientierung überwiegend als Indikator einer veränderten historisch-politischen Bewußtseinslage. Daß der 40. Jahrestag der deutschen Kapitulation zum Ausgangspunkt einer lebhaften öffentlichen Auseinandersetzung wurde, ist äußerlich durch das mißlungene Bitburg-Spektakel hervorgerufen worden, das wiederum einen Reflex der alliierten D-Day-Feiern darstellte. Die Herausforderung, die in der Bitburger Beschwörung der gemeinsamen antikommunisti-

schen Zielsetzungen für die republikanischen Kräfte in der Bundesrepublik lag, löste ganz unerwartet eine breite historisch-politische Reaktion im linken politischen Spektrum der Bundesrepublik aus. Das deutet darauf hin, daß eine Neubestimmung des Verhältnisses zur nationalsozialistischen Periode überfällig war. Sie ergab sich auch daraus, daß infolge des Einflusses deutschnationaler und revisionistischer Gruppen auf die Regierungskoalition, so sehr sie auch generationsmäßig als ewiggestrig anmuten, eine stillschweigende Aufkündigung des von den demokratischen Parteien bislang formell eingehaltenen antifaschistischen Konsensus eintrat. Sie war im rechtsextremen und neokonservativen Schrifttum ohnehin vorbereitet.

Aufgrund der schleichenden Legitimitätskrise des parlamentarischen Systems, das sich nicht mehr glaubwürdig auf die Erfolge der demokratischen Rekonstruktionsperiode berufen kann und sich tendenziell von den primären politischen Interessen der Bevölkerung ablöst, verstärkte sich die Tendenz, den abbröckelnden politischen Grundkonsens durch den Rekurs auf ein „nationales“ Geschichtsbild abzustützen. Geschichtliche Orientierungsfragen wurden wieder, wie in Weimar, zum Kampffeld der in politischen Sachproblemen weitgehend unbeweglich gewordenen politischen Parteien. Dabei erwies sich das ohnehin von der Fachhistorie zunehmend ausgehöhlt Modell der totalitären Diktatur als ungeeignet, die Kritik von links an der unzureichenden juristischen und politischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus aufzufangen. Die Analogie, die insbesondere die Friedensbewegung mit Strukturen des Dritten Reiches herstellte, indem sie das in den fünfziger Jahren verbal allgemein akzeptierte Widerstandsrecht reaktualisierte, wurde, wie die heftigen und über das Ziel hinausschießenden Kritiken daran erkennen ließen, als äußerst unbequem empfunden. Andererseits scheuten sich die Regierungsparteien nicht, politische Sachverhalte der dreißiger Jahre zur Denunziation der Linken zu benutzen.

Das zuvor relativ homogene Bild des Dritten Reiches und der vorausgehenden Periode begann sich daher richtungspolitisch zunehmend aufzuspalten. Charakteristisch dafür war die Tendenz regierungsnaher Fachhistoriker, als Wesensmerkmal der nationalsozialistischen Diktatur die bewußt angestrebte Zerstörung des Bürgertums und die Ausschaltung der angestammten Oberschicht herauszustellen. Damit kündigte sich eine Rückkehr zur älteren konservativen Deutung des Nationalsozialismus als Ausfluß der „Massendemokratie“ und als unvermeidliche Reaktion auf die drohende Diktatur der Linksparteien an. Gleichzeitig wurde den übertriebenen Lohnforderungen der Arbeiterschaft die Hauptverantwortung für die Auflösung des Weimarer politischen Systems angelastet. Demgegenüber hoben Historiker, die mit linksrepublikanischen Positionen sympathisierten, die Verantwortung der Schwerindustrie für die Zerschlagung des sozialpolitischen Kompromisses der Anfangsjahre der Republik hervor, welche mit einer wachsenden Funktionsunfähigkeit des parlamentarischen Systems bewußt erkaufte wurde. Die entscheidende Veränderung der nahezu kanonisierten „totalitären“ Sicht des

Dritten Reiches bestand indessen darin, daß die bis in die siebziger Jahre sorgsam gehegte Vorstellung, daß die verbrecherische Politik des NS-Regimes im wesentlichen von einer kleinen Clique fanatischer Nationalsozialisten getragen war, sich angesichts der tiefgreifenden Verstrickung weiter Kreise des höheren Offizierskorps, der Diplomatie und der Industrie in die Ausraubung Osteuropas, die Ausbeutung von Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen und damit auch in den Holocaust nicht mehr länger aufrechterhalten ließ.

Ein Zeugnis für die richtungspolitische Polarisierung der Sicht des Nationalsozialismus ist die Rede, die der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, anlässlich des Volkstrauertags am 11. November 1986 gehalten hat. Dregger beschwört darin das Nichtwissen der meisten deutschen Soldaten und implizit der Volksmehrheit von den NS-Verbrechen im Unterschied „zu den politischen Instanzen“ und „einigen der höheren Wehrmachtsstäbe und der rückwärtigen Dienste, die in Aktionen verwickelt wurden, die gegen jede soldatische Tradition verstießen“. Daß der auf totale Unterdrückung des Gegners zielende Ostkrieg soldatische Maßstäbe a priori gegenstandslos machte, verschweigt der Fraktionsvorsitzende; er beklagt sich stattdessen, daß sich die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation nicht gegen Hitler, sondern gegen Deutschland als ganzes gerichtet habe. Er greift damit Argumente auf, die bei Hillgruber vorgeformt sind. Er spricht von dem unauflösbaren Zwiespalt zwischen Bewahrung des Vaterlandes und der indirekten Ermöglichung von Verbrechen, vor dem der deutsche Soldat ohne eigenes Dazutun gestanden habe. Daß dies jedoch die vorhersehbare Folge einer von der militärischen Führung zunächst ausnahmslos gebilligten Politik darstellte, sieht Dregger nicht ein. Er erblickt vielmehr im Dritten Reich eine aufgezwungene Herrschaft Hitlers und einer kleinen verbrecherischen Gruppe.

Auch in der „Konzeption“ für das geplante Deutsche Historische Museum in Berlin taucht mit dem Stichwort der „Verführung“ erneut die Vorstellung auf, als sei das Dritte Reich nicht die Konsequenz aus einer langfristig verfehlten Politik, sondern einer irreführenden Propaganda. Indessen kann die aktive Mitwirkung an der schon im Ansatz verbrecherischen Politik des Regimes nach innen und nach außen der Armee und der Bürokratie, aber auch der Industrie, weder durch den Vergleich mit anderen Ländern noch durch die Beschwörung des „Diktatfriedens“ von Versailles aus der Welt geschafft werden. Stilisierungen dieser Art kommen begrifflicherweise dem Rechtfertigungsbedürfnis vieler älterer Deutschen entgegen, die es begrüßen, endlich aus der Aschenbrödelrolle her austreten zu können, in die sie durch Schuldzuweisungen von innen und außen gedrängt wurden. Einstellungen dieser Art sind jedoch überwiegend Reflex einer bloß moralischen, nicht einer politisch-analytischen Bewältigung der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert, die zwar Betroffenheit, aber nicht Rechenschaftslegung auszulösen pflegte. Letztere kommt nicht in den Verdacht, apologetisch zu sein, wenn sie die Rolle der Kollaborateure in den von Deutschland okkupierten Gebieten und der ethni-

schen Randgruppen in der Sowjetunion in die Analyse einbezieht. Der Vorwurf der „deutschen Schuldbesessenheit“ und die Unterstellung, die alliierte Reeducation sei für die Verleugnung nationaler Werte verantwortlich, lenken hingegen von der für das NS-Regime bestimmenden kumulativen Zersetzung traditioneller Werthaltungen ab, die zur vollständigen Korrumpierung und schließlich zur Auflösung des sozialen Gefüges schlechthin führte.

Das Mißverständnis, was sich bei Repräsentanten der Rechten, zugleich bei Fachhistorikern wie Michael Stürmer vorfindet, als ginge es ihren Kontrahenten um die Aufrechterhaltung kollektiver Schuldgefühle, bedarf der Zurückweisung. Die Verengung der Reaktion auf die nationalsozialistische Vergangenheit im Sinne bloßer Betroffenheit und moralistischer Selbstkritik, wie sie in der Bundesrepublik allzu häufig anzutreffen war, ging weithin mit einer Verdrängung gerade der sensitiven Probleme einher, darunter der Frage nach der Mitverantwortung der nicht unmittelbar beteiligten Bevölkerung und namentlich der Funktionsebenen am Genozid. Das Ausbleiben von Protesten bei der übergroßen Mehrheit der deutschen Bevölkerung gegen die Mißhandlung und gewaltsame Deportierung der Juden stellte nur beschränkt eine durch Sanktionen erzwungene Unterwerfung dar. Die Beschäftigung mit der Geschichte des Dritten Reiches kann nicht in der Absicht erfolgen, bloße Betroffenheit auszulösen; sie muß vielmehr zu Handlungsanleitungen führen, die zum Ziel haben, die Wiederkehr analoger Konstellationen der Eskalierung der Inhumanität zu verhindern. Es geht darum, die Mechanismen aufzudecken, die die fortschreitende moralische Indifferenz gerade in Kreisen der Oberschicht seit dem Ersten Weltkrieg erklären, und die Komplexität der Bedingungen zu erschließen, unter denen Völkermord und Rassenvernichtungskrieg nicht nur konzipiert, sondern auch praktiziert werden konnten.

V.

Wenn Martin Broszat in seinem bekannten Aufsatz im „Merkur“ für eine „Historisierung“ des Nationalsozialismus plädierte, zielte er darauf ab, sich von einer kontingenten Interpretation des Regimes zu lösen, die vielfach in monokausaler Weise die Eskalation von Gewalt und Terror auf das planende Kalkül Hitlers und auf ideologische Zusammenhänge zurückführt und die Handlungsbedingungen außer acht läßt, unter denen sich Individuen, die nicht notwendig primär aus ideologischen Antrieben kooperierten und die vielfach nicht zum engeren Kern der NSDAP gehörten, an dem Mordhandwerk direkt oder indirekt beteiligten oder die Voraussetzungen dafür schufen. Historisierung heißt die Vielfältigkeit, die Widersprüchlichkeit und die relative Offenheit des NS-Systems ernstzunehmen und statt einer vorweggenommenen Pauschablehnung des Nationalsozialismus dessen verschiedenste Erscheinungsformen, dessen destruktive Züge, aber auch dessen in den Augen vieler Zeitgenossen verheißungsvollen Momente herauszuarbeiten und damit die Motivationen aufzudecken, die dazu führten, daß eine Persönlichkeit wie Adolf Hitler, dessen pathologische Realitätsverweigerung unbestreitbar ist,

sich einer freilich niemals unbegrenzten Popularität erfreuen und auf Grund der systematischen Propagierung des Führer-Mythos bis in das Frühjahr 1945 hinein als über den Interessenkonflikten von Partei und Staat stehende nationale Symbolfigur fungieren konnte.

Historisierung im Sinne bloßer Relativierung, d. h. der Hinnahme der Ereignisse von 1933 bis 1945 als unabwendbarem geschichtlich verhängtem Fatum bis hin zur Benützung von Personen und Vorgängen des Dritten Reiches als bloßer Metapher bleibt hingegen ein Ärgernis. Wo dies geschieht, etwa mit Helmut Kohls Vergleich von Gorbatschow und Goebbels, ist die tiefe Herausforderung, die die nationalsozialistische Erfahrung auch vier Jahrzehnte später für eine sich zu individueller Freiheit und Wahrung der Menschenwürde bekennende Gesellschaft darstellt, nicht begriffen worden und unbewältigt geblieben. Das gilt nicht minder für die in der Bundesrepublik um sich greifende Technik der Aufrechnung, die auch in die Gesetzgebung Eingang gefunden hat. Daß es allenthalben politische Verbrechen gab und geben wird, ändert nichts an der spezifischen Konstellation, unter denen sie in Deutschland ins Werk gesetzt wurden. Diese bezog sich, und das läßt sich im Denken der Satrapen des Regimes, darunter bei Himmler und Goebbels, aber doch auch bei den konservativen Kabinettpartnern Hitlers nachweisen, auf eine planmäßig angestrebte zeitweilige oder räumlich begrenzte Außerkraftsetzung von sonst unbestrittenen normativen Grundlagen und auf die Billigung des außergesetzlichen Notstandes als normalem Staatshandeln. Vorwände, wie eine angebliche Bedrohung der Nation oder Gefährdung im Kriege, waren eindeutig aufgesetzt und hinlänglich durchschaubar. Sofern es psychotische Zwänge waren, aus denen heraus die Vollstrecker ihr Handwerk verrichteten, handelte es sich um selbstgeschaffene und politisch seit langem bewußt instrumentalisierte Ängste. Dies gilt insbesondere für den hybriden Antibolschewismus, der schon 1917 in keinem Verhältnis zu der tatsächlichen Bedrohung stand, die von dem weltrevolutionären Programm Lenins ausging.

Es ist deshalb eine fatale Verzeichnung, wenn Ernst Nolte eben das von Angehörigen des alldeutschen Verbands und des rechten DNVP-Flügels bewußt erzeugte Syndrom von Antibolschewismus und rassischem Antisemitismus, an dessen Ende die Vernichtungslager standen, den Bolschewiki und deren „Klassenmord“ zum Vorwurf macht, als sei der angestaute Haß des Bürgerkriegs allein auf das Konto der Bolschewiki zu schieben und seien die zaristische Autokratie und deren Unterdrückungsmethoden dafür bedeutungslos gewesen. Problematischer ist, daß er (einige seiner Kritiker, darunter Eberhard Jaeckel, haben dies nicht hinreichend erkannt) die Kausalität auf die Person Hitlers als Endursache begrenzt. Nolte verkennt, daß der Weg zur Endlösung auf einer komplexen Interaktion ideologischer Motive und technokratischer Antriebe beruht und nur in enger Verbindung mit der inneren und äußeren Entwicklung des Regimes zu erklären ist, in der Hitlers fanatischer Antisemitismus nur einen und möglicherweise nicht einmal den bedeutendsten Faktor darstellte.

Gleichwohl könnte man derartige Interpretationen, denen intellektuelle Esoterik und politisches Vorurteil anhaftet, auf sich beruhen lassen, würden dadurch die Einsichten nicht verdunkelt, die die übergroße Mehrheit der Deutschen auf Grund des nationalsozialistischen Erbes sich zu eigen gemacht hat und die in einer nüchternen Skepsis gegen nationale Parolen und die Errichtung ideologischer Feindbilder gipfeln. Die Rückerinnerung an Kriegszerstörung und Bombennächte steht der Anfälligkeit für politische Mobilisierungsstrategien und Sympathien für die Anwendung militärischen Zwangs im Wege. In der Skepsis gegenüber patriotisch deklarierten Gemeinschaftsapellen und der Lösung auch innenpolitischer Konflikte durch Gewaltanwendung ist die deutsche Nation in mancher Beziehung den benachbarten Völkern voraus. Es ist eine Schimäre zu glauben, daß der gedämpfte oder fehlende Nationalismus mit einer pathologischen Gefährdung der Deutschen gegenüber demokratiefeindlichen Parolen einhergeht. Diejenigen, die immer wieder warnend auf die „deutsche Neurose“ hinzuweisen pflegen, übersehen durchweg, daß für die jüngeren Generationen die Bruchlinie mit dem Bismarckschen Nationalstaat und die nationalen Loyalitätskonflikte unter dem NS-Regime keine prägende Bedeutung mehr besitzen.

Überhaupt steht im Hintergrund des „Historikerstreits“, der in vieler Hinsicht einen bloßen Stellvertreterkrieg für die Bruchlinien in der westdeutschen politischen Kultur und für den Konflikt zwischen autoritären Demokratiepostulaten und reformistischem Republikanertum darstellt, die ungeklärte politische Identität der Angehörigen jener Generation, die noch im Dritten Reich sozialisiert wurde. Wenn Alfred Dregger in seiner Rede zum Volkstrauertag die Auflösung der Weimarer Demokratie dem „Versailler Diktat“ zuschrieb, erinnert dies an die Wahlkämpfe der DNVP von 1928, in denen sie den Großadmiral von Tirpitz für die eigene Wahlwerbung bemühte, obwohl weniger als ein Drittel der Wähler sich an dessen Rolle in der Vorkriegszeit erinnern konnten. Auch die Bemühungen um die Gründung sowohl des „Hauses der Geschichte“ in Bonn wie des „Deutschen Historischen Museums“ in Berlin erwecken den Eindruck, daß sie mehr der Selbstrechtfertigung dieser Zwischengeneration als der Aufgabe dienen, der jüngeren Generation zu einem eigenen Zugang zur deutschen Geschichte zu verhelfen. Michael Stürmer hat die politische Intention, die den Museumsplänen der Bundesregierung zugrundeliegt, dahingehend beschrieben, daß demjenigen die Zukunft gehöre, der über die Geschichte bestimme, und daß es darauf ankomme, den Deutschen vermittels eines balancierten Geschichtsbilds größere „Berechenbarkeit“ im außen- wie innenpolitischen Sinne zu verschaffen. Geschichte in verdeckt manipulatorischer Absicht vermitteln zu wollen, ist jedoch schwerlich mit der politischen Mündigkeit zu vereinbaren, die sich die Deutschen durch bittere Ernüchterung und die Erkenntnis ihrer politischen Verstrickung in die kriminelle Energie des Dritten Reiches erworben haben.

Gleichwohl ist die mit dem „Historikerstreit“ neu entfachte Debatte über den historischen Stellenwert der nationalsozialistischen Epoche mehr als eine

bloße Episode. Sie dürfte vielmehr den Endpunkt der Bestrebungen bezeichnen, neo- und postfaschistische Deutungen mit gesetzlichen Sanktionen zu belegen oder gesellschaftlich zu tabuisieren. Denn es ist der neofaschistischen Publizistik kaum zu verwehren, die Schlußfolgerungen aus den Äußerungen der „Neorevisionisten“ zu ziehen, nicht allein was die Relativierung des Holocaust angeht, sondern auch die von Hillgruber aufgeworfene Frage, ob das Attentat des 20. Juli 1944 angesichts der andrängenden „Roten Armee“ und deren an der deutschen Zivilbevölkerung begangenen Verbrechen 1944 noch gerechtfertigt gewesen sei. An der Frage, ob der Sturz des Regimes und das Ende der Selektion in Auschwitz die Priorität gegenüber der militärischen Stabilisierung der deutschen Ostgrenze verdiente, werden sich die Geister scheiden.

Die subjektive Motivation der deutschen Soldaten, die das Vaterland vor dem sowjetischen Zugriff zu verteidigen bemüht waren, auch nachträglich anzuerkennen, entbindet nicht von der notwendigen Einsicht, daß sie objektiv dazu verhalf, die Herrschaft des Verbrechens und der Zerstörung zu verlängern. Wenn die zeitgeschichtliche Erfahrung die Deutschen eines gelehrt hat, dann ist es die Fähigkeit, diesen Widerspruch zu erkennen und daraus Konsequenzen für ihr künftiges politisches Verhalten zu ziehen. Margret Boveri hat auch diesen Sachverhalt unter dem Begriff des „Verrats im 20. Jahrhundert“ nüchtern herausgestellt und damit deutlich gemacht, warum es dem deutschen Volk psychologisch unmöglich ist, eine einmal zerstörte und moralisch pervertierte Nationalstaatstradition als Medium der Selbstfindung zu benutzen. Darüber vermögen alle Beschwörungen des „neuen Nationalismus“, welcher Terminologie sie sich auch immer bedienen, nicht hinwegzuhelfen. Es bedarf daher weder der „Rekonstruktion der europäischen Mitte“ noch eine der Exkulpierung dienende Theorie der „deutschen Mittellage“.